

*Workshops für
Migrantische Ar-
beitskräfte*

Dez 2025

Bildung von unten

*Workshops für
Migrantische Ar-
beitskräfte*

Politische Bildung
für Migrant*innen
in Berlin

Dez 2025

Publiziert:

Bündeszentrale für politische Bildung und
Bildungszentrum Lohana Berkins.

Herausgeber*innen:

Darío Farcy, Aquarela Padilla

Beiträge:

Janet Chiepa, Darío Farcy, Maria Nicolellis, Mariano Féliz,
Dani Reyes Rios, Aquarela Padilla

Übersetzung:

Benedetta Sergiacomo

Grafik Design:

Mora Dreszman

Bildquelle:

Bildungszentrum Lohana Berkins

Inhaltsver- zeichnis

Einleitung	7
Bilden um zu emanzipieren	10
Fortbildungsveranstaltungen	18
Erstes Treffen: „Pflegeberufe: Prekäre Visa und Feminisierung der Prekarität“	19
Zweites Treffen: „Gewerkschaften und globaler Kontext: Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt“	24
Drittes Treffen: „Freelancer in Berlin sein: Wie man sich für seine Rechte und bessere Arbeitsbedingungen organisiert“	30
Interview mit Teilnehmerinnen	34

Einleitung

Im Rahmen des Projekts *„Bildung von unten: Politische Bildung für Migrant*innen in Berlin“* haben wir uns verpflichtet, die Erfahrungen mit der Planung, Moderation und Bewertung eines ganzheitlichen Bildungsprozesses zu systematisieren. Dieser Prozess muss gemäß den Leitlinien der pädagogischen Praxis der Volksbildung selbstreflexiv sein, innehalten, um sich selbst zu reflektieren, und die einzelnen Prozessschritte wieder aufgreifen. Dabei geht es nicht nur um zeitliche Elemente, sondern auch um das Aufkommen neuer Ideen, neuer und alter Herausforderungen, methodische Strategien und vor allem die Notwendigkeit, Bildungsräume zu schaffen. Diese Räume sollen dazu beitragen, kollektive und emanzipatorische Antworten auf die prekären und marginalisierten Lebensrealitäten von Migrant*innen in Deutschland zu finden. Diese Systematisierung trägt dem Prozess Rechnung, ohne den Anspruch zu erheben, endgültige Schlussfolgerungen zu ziehen. Unser aufrichtiges Ziel ist es, Faktoren zu erkennen, die es uns ermöglichen, unsere pädagogische und damit politische Praxis zu verbessern und die Lernergebnisse im stetigen Spannungsverhältnis zur Realität und unserer Transformationsfähigkeit zu ordnen.

Systematisieren umfasst nicht nur die Bereinigung von Protokollen und Aufzeichnungen von Gruppentreffen oder Schulungen. Es bedeutet auch nicht nur, die zentralen Punkte der geführten Debatten zu lokalisieren. Systematisieren bedeutet, die verschiedenen Überlegungen, die in den Gesprächen in einem Bildungs- oder Planungsraum entstanden sind, als Referenz zu nehmen. So kann ein Bildungsprozess ganzheitlich betrachtet werden. Dieser Blick von der Gegenwart in die Vergangenheit ermöglicht es, die komplexen Gedankenstrukturen zu erkennen, die eine Diskussion zu einem Thema stützen. In unserem Fall betrifft dieses Thema die individuelle und kollektive Erfahrung einer Gemeinschaft von Menschen, die aufgrund ihres Migrationsstatus, ihrer Klasse, ihrer Herkunft und ihres Geschlechts marginalisiert und prekariert sind und mit strukturellen Schwierigkeiten im globalen Arbeitssystem konfrontiert sind.

Diese Stimmen sind jedoch nicht Ausdruck einer passiven Haltung, sondern entspringen einem aktiven Denken, das darauf abzielt, bessere Lebensbedingungen zu erwirken. Dieses Denken manifestiert sich als eine Bewegung, die dazu fähig ist, situiertes Wissen zu generieren, das für die Überwindung dieser Unterdrückung von Nutzen ist. Die Systematisierung als grundlegende Methode der Volksbildung dient der

Ordnung des Wissens, nicht jedoch der Bereitstellung von Ressourcen für die Bibliothek, sondern als Instrument des kollektiven Aufbaus, der Analyse von Praxis und Erfahrung sowie der Organisation gegen Ungerechtigkeiten, von denen die Migrantengemeinschaft in Deutschland betroffen ist.

Dieser Text gibt einen kleinen Einblick in einen Bildungsprozess, der den Fokus auf die Analyse der Bedürfnisse der überwiegend lateinamerikanischen Migrantinnengemeinschaft in Berlin legte. Diese nahm an verschiedenen Bildungsangeboten des Zentrums Lohana Berkins teil. Ausgangspunkt waren dabei sowohl Erfahrungs- als auch wissenschaftliches Wissen, um etwas Neues zu schaffen, das aus dem Kollektiv hervorgegangen ist und sich auf andere Prozesse migrantischer und arbeit*innenbezogener Organisation in Deutschland und Lateinamerika bezieht.

Das Jahr 2025 war für unser Bildungszentrum eine Zeit des Wachstums, neuer Herausforderungen und zugleich der Vertiefung unserer Arbeit. In unseren Bildungsräumen nahmen im vergangenen Jahr mehr als hundert Personen teil. Darüber hinaus setzten wir mehrere Projekte um, die erfolgreich realisiert werden konnten und deren Ergebnisse dazu beitragen, die pädagogische und politische Praxis der Volksbildung zu festigen – im Dienst der am stärksten marginalisierten Gemeinschaften der Gesellschaft und als wirksames Instrument zu ihrer Verstärkung.

In der folgenden Systematisierung findet man ein Interview mit einer der Gründerinnen unseres Zentrums. Darin wird unter anderem geschildert, wie die Idee zur Gründung eines Zentrums für Volksbildung in Berlin entstand, welche pädagogischen und politischen Ziele das Zentrum von Beginn an verfolgte und wodurch sich sein Bildungsangebot von anderen Bildungsprojekten in der Stadt unterscheidet. Das Interview ermöglicht ein Verständnis der theoretischen Grundlagen und des politischen Rahmens, in dem das Projekt verortet ist, und lädt dazu ein, sich eine Zukunft vorzustellen, in der diese Erfahrung weiterwächst und sich vervielfacht, um immer mehr Räume für Emanzipation, kollektive Praxis und intellektuelle Produktion zu eröffnen.

Im Anschluss daran findet sich eine Zusammenfassung der Vorträge und Schlussfolgerungen einer Reihe von Fortbildungsveranstaltungen, die sich mit Themen rund um die folgenden Schwerpunkte befassten:

1. Pflegeberufe, prekäre Arbeitsverhältnisse und Visa im Rahmen des Au-Pair-Programms. Anhand der Erfahrungen von Migrant:innen, die in Deutschland und anderen Ländern der Europäischen Union mit diesem Visum gearbeitet haben, lässt sich feststellen, dass es sich hierbei

nicht um ein Arbeitsvisum handelt und daher keine Mindestarbeitsrechte für diejenigen garantiert sind, die diese Pflegeberufe ausüben, zumeist Frauen aus Ländern des globalen Südens.

2. Arbeiter*innenorganisation im aktuellen Kontext der Veränderung des globalen Marktes: Hier können wir zwei Beiträge lesen, die Raum für Diskussionen schaffen. Sie bringen die strukturellen Ursachen der Migrationsbewegungen vom Süden in den Norden der Welt mit der Veränderung des Arbeitsmarktes und der Entwicklung neuer Technologien in Verbindung. Diese verdrängen menschliche Arbeitskräfte und ordnen die Regeln des Systems sowie das Leben der Arbeitnehmer neu. Darüber hinaus können wir diese Diskussion mit der Geschichte der Gewerkschaften in Deutschland verknüpfen. Dadurch gewinnen wir ein besseres Verständnis für dieses Instrument und die Rolle der Wanderarbeiter darin.

3. Selbstverwaltung und Organisationsformen für prekär beschäftigte Arbeitnehmer: In diesen Treffen entstanden Diskussionen über die Bedeutung der Selbstverwaltung als politisches Instrument sowie über einen Teil ihrer Geschichte in politischen Prozessen, die von Gemeinschaften und Arbeiter*innen in verschiedenen Teilen der Welt getragen wurden, um ihre materiellen und sozialen Bedürfnisse zu lösen.

Abschließend finden sich die Zeugnisse von Teilnehmenden, die Teil der Schulungen waren und somit ihre Erfahrungen und ihr Wissen in diese Räume eingebracht haben. Ihre ehrlichen und reflektierten Worte inspirieren uns und machen sehr deutlich, dass der Prozess, den wir mit diesen Schulungen und kollektiven Diskussionen begonnen haben, erst der Anfang einer notwendigen Aufgabe ist – in einem Kontext, der für prekär lebende Gemeinschaften von Tag zu Tag komplexer wird.

Wir hoffen, dass diese Systematisierung dazu dient, weiter zu denken, zu schaffen und unsere Entscheidung für eine Bildung von Unten zu bekräftigen. Eine Bildung, die für die Mehrheit zugänglich ist und den Herausforderungen sowie der Organisation des Lebens dient. Wie Paulo Freire sagte: *„Bildung verändert nicht die Welt, sie verändert die Menschen, die die Welt verändern werden.“*

Bilden um zu emanzipieren

Erfahrungen des migrantischen
Bildungszentrums Lohana
Berkins in Berlin

“Ich kämpfe für eine Bildung, die uns lehrt zu denken, nicht für eine Bildung, die uns lehrt zu gehorchen.”

Paulo Freire

Was ist das Centro de Educación Popular Lohana Berkins und was macht ihr?

Das CEP ist ein Zentrum für *Educación Popular* (oft als „Bildung von unten“ übersetzt) und trägt den Namen von Lohana Berkins, einer *Educadora Popular*, linken Aktivistin und Kämpferin für die Rechte von trans Personen in Argentinien. Dieses Bildungszentrum ist – wie der Name schon sagt – ein Projekt aus der Gemeinschaft und für die Gemeinschaft. Es versteht sich als alternative Bildungsform zum hegemonialen Bildungssystem, das die Interessen des Kapitalismus widerspiegelt und reproduziert.

Volksbildung bricht mit dieser Logik. Sie setzt auf eine demokratische, emanzipatorische Bildung. Bildung als Werkzeug gesellschaftlicher Veränderung. Getragen von sozialen Bewegungen. Im Interesse der Mehrheit – ökonomisch, politisch und kulturell. Bildung ist für uns nie neutral. Sie ist immer politisch. Unser Bildungsprozess verfolgt deshalb pädagogische und politische Ziele. Er will kritisches Denken fördern. Er will Menschen stärken. Nicht anpassen, nicht unterordnen, nicht beherrschen.

Genau hier setzen wir an. Deshalb liegt unser aktueller Schwerpunkt auf Bildungsangeboten für die migrantische Community in Berlin. Ganz konkret: Deutsch lernen, um sich verständigen zu können und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen – auch in politischen Debatten und kollektiver Organisation. Und ebenso wichtig: Wissen über Arbeitsrechte und über Formen der kollektiven

Interessenvertretung in Deutschland.

Welche politisch-pädagogischen Ziele hat das Projekt?

Wir verstehen uns als ein Projekt der *Educación Popular*. Wie jede Form von Bildung ist auch unsere Arbeit geprägt vom konkreten Kontext und von den Bedürfnissen, aus denen sie entsteht. Unsere Ziele sind deshalb nicht nur pädagogisch, sondern immer auch politisch. Denn Bildung und Politik lassen sich nicht trennen. Bildung ist nie neutral: Sie basiert auf einer Ideologie und dient immer bestimmten gesellschaftlichen Interessen. Paulo Freire bezeichnete die traditionelle Bildung – wie sie meist im staatlichen oder privaten Bildungssystem stattfindet – als „Bankierbildung“. In diesem Modell werden Schüler*innen als leere Gefäße betrachtet, die mit Wissen befüllt werden. Das führt zu Passivität, Anpassung und fehlender Kritikfähigkeit im Prozess der Wissensproduktion.

Unser Projekt setzt dem etwas anderes entgegen. Unser politisch-pädagogisches Ziel ist der Aufbau eines partizipativen Raums, in dem kollektives Wissen entsteht – als Werkzeug für gesellschaftliche Veränderung. Dieses Ziel wirkt nur dann unrealistisch, wenn man es isoliert denkt. Für uns ist klar: Das CEP kann nur dann Teil realer Transformation sein, wenn es sich als Teil eines Geflechts aus Kämpfen, Bewegungen und kollektiven Organisationen versteht – hier und in anderen Territorien. Daraus ergibt sich unsere konkrete Aufgabe: Bildungsräume zu schaffen, die flexibel genug

sind, um auf die Bedürfnisse der Community und auf politische Konjunkturen zu reagieren. Flexibel, aber nicht beliebig. Offen, aber nicht unorganisiert. Uns ist wichtig, dass diese Räume Orte sind, die Menschen gerne einnehmen, sich aneignen und mitgestalten. Orte, an denen sie sich wohlfühlen. Orte, die Kraft geben und Werkzeuge an die Hand legen, um den alltäglichen individuellen und kollektiven Herausforderungen etwas entgegenzusetzen.

Wie sieht die Umsetzung eurer Kritik und eurer Vorschläge in der Praxis aus? Wie versteht Ihr ein alternatives Bildungsmodell und was ist die Besonderheit der *Educación Popular* im Vergleich zu anderen kritischen Bildungsformen?

In Berlin gibt es zahlreiche öffentliche und private Angebote zum Deutschlernen. Die meisten verfolgen jedoch ein klares Ziel: Migrant*innen möglichst schnell in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Integration heißt hier vor allem: Verwertbarkeit als Arbeitskraft. Das führt nicht automatisch zu besseren Lebensbedingungen. Im Gegenteil. Oft bedeutet es Prekarisierung, kritiklose Anpassung und die Fortsetzung eines zutiefst ungleichen gesellschaftlichen Systems.

Unsere Kritik an staatlichen Integrationspolitiken entsteht aus unserer eigenen Erfahrung als Migrant*innen in Deutschland – und aus einer politischen Analyse der sozialen Realität. Wir beschäftigen uns mit den Zusammenhängen zwischen den Ursachen von Migration vom globalen Süden in den globalen Norden, der europäischen Migrationspolitik, der Rolle migrantischer, prekärer Arbeit in den Ländern des globalen Nordens, institutionellem Rassismus, dem Zugang zum Arbeitsmarkt, den Anerkennungssystemen für Bildungs- und Berufsabschlüsse, dem Hochschulsystem, den engen Grenzen politischer Teilhabe für migrantische Communities und dem Erstarken

antimigrantischer Diskurse.

Educación Popular schafft Räume, um diese Komplexität gemeinsam zu diskutieren. Sie ermöglicht kollektive Reflexion und den Aufbau von gemeinsamem Wissen. Dieses Wissen entsteht aus der Praxis, wird gemeinsam analysiert und reflektiert – und fließt wieder zurück in die Praxis. Was *Educación Popular* für uns grundlegend von anderen alternativen oder kritischen Bildungsansätzen unterscheidet, ist ihr klarer politischer Bezug. Sie entsteht nicht isoliert und nicht losgelöst von sozialen Kämpfen. *Educación Popular* entsteht aus diesen Kämpfen heraus – und hat nur in ihnen ihren Sinn. Ihr Ziel ist nicht bloß individuelles Bewusstsein oder persönliche Weiterbildung, sondern Teil eines langfristigen, kollektiven Prozesses gesellschaftlicher Transformation zu sein. Deshalb ist die Verbindung zu politischen Organisationen für uns zentral. Unsere Basis sind Bewegungen und Organisationen mit einem klaren Programm gesellschaftlicher Veränderung. Nicht NGOs, die sich auf punktuelle Reformen beschränken und Kämpfe entpolitisieren oder lähmen. *Educación Popular* bedeutet für uns: Lernen im Kontext von Widerstand. Lernen für Veränderung.

Warum wollt ihr das Konzept *Educación Popular* in Deutschland nutzen und warum konkret beim Lernen von Sprachen?

Wir nutzen das Konzept in Deutschland, weil wir heute hier leben. *Educación Popular*, weil sie eine zentrale historische Referenz für die sozialen Bewegungen in Lateinamerika ist – dem Territorium, aus dem wir kommen. Die Entstehung dieses Zentrums für *Educación Popular* in Berlin spiegelt eine Spannung wider, die unser Leben als Migrant*innen und Aktivist*innen prägt. Unsere Erfahrungen sind in konkreten Territorien verwurzelt, mit ganz spezifischen Bedingungen. Gleichzeitig bleiben sie nicht an einen Ort oder eine Zeit gebunden. Sie bewegen sich, reisen, migrieren

ren mit uns weiter. Die Notwendigkeit, uns zu organisieren und Werkzeuge für kollektive Organisation zu schaffen, ist real. Sie sucht sich Wege dort, wo wir unser Leben führen. Heute ist das Berlin.

Wir sind überzeugt, dass Educación Popular in Deutschland ein großes politisches und pädagogisches Potenzial hat – und gleichzeitig mit erheblichen Herausforderungen verbunden ist. Wir sehen viele Bedürfnisse innerhalb migrantischer Communities, insbesondere bei Migrant*innen, die neu im Land sind. Bedürfnisse nach Austausch mit anderen Migrant*innen. Nach besseren sprachlichen Ausdrucksmöglichkeiten. Nach Werkzeugen, um das politische, wirtschaftliche und kulturelle System in Deutschland zu analysieren. Nach Wissen über eigene Rechte und über Formen kollektiver Organisation. Nach Anerkennung der eigenen individuellen und kollektiven Erfahrungen. Und nach politischer Teilhabe in einer Gesellschaft, die von Ausschlüssen und Rassismus geprägt ist. Educación Popular liefert darauf keine fertigen Antworten. Aber sie schafft die materiellen Bedingungen, um kollektive Werkzeuge zu entwickeln, mit denen diese Bedürfnisse gemeinsam angegangen werden können. Genau deshalb muss ein Projekt der Educación Popular in politische Organisation eingebettet sein. Denn nur durch kollektive, organisierte Kraft lassen sich die Bedingungen verändern, die die Bedürfnisse der Mehrheit überhaupt erst hervorbringen.

Gleichzeitig stellt Educación Popular in Deutschland uns vor konkrete Herausforderungen. Dazu gehört das geringe Wissen über ihre politischen Ziele und Inhalte. Oft wird sie auf eine Methode reduziert, auf ein pädagogisches Handbuch, das im Klassenzimmer endet. Hinzu kommen die Schwierigkeiten, eine Arbeitsstruktur finanziell aufrechtzuerhalten, die kostenlose Bildungsräume für

eine prekär lebende migrantische Community ermöglicht. Die zunehmende Individualisierung des Alltags erschwert Organisation und entwertet kollektive Prozesse – materiell wie symbolisch. Dazu kommt die Schwäche linker Organisationen und ihre geringe Verankerung in den am stärksten prekarierten Teilen der Gesellschaft, Migrant*innen wie nicht Migrant*innen. Und schließlich ein entpolitisierender Diskurs, der den Staat als allmächtig darstellt und damit soziale Kämpfe und konkrete Errungenschaften kollektiver Organisation unsichtbar macht.

Für uns ist das CEP eine bewusste Wette. Wir verstehen es nie als abgeschlossenes Projekt. Wir lernen im Prozess, reflektieren Fehler, korrigieren Wege. Wir versuchen, die politischen Ziele unseres Projekts über die vielen Schwierigkeiten eines selbstorganisierten Bildungsprojekts zu stellen – in einem politischen Klima, das sich immer weiter nach rechts verschiebt und progressive Initiativen systematisch vom Zugang zu öffentlichen Ressourcen ausschließt.

Diese Offenheit als Prozess erlaubt es uns auch, unsere Schwerpunkte immer wieder neu zu setzen. Heute sind wir überzeugt, dass das Erlernen der deutschen Sprache im Rahmen politischer Diskussionen ein zentraler Ansatz ist. Es ist ein Beitrag zur symbolischen Auseinandersetzung und zur Stärkung Migrant*innen-Perspektiven im aktuellen politischen Diskurs. Sprache ist nicht nur ein Mittel zur Verständigung. Sie ist auch ein Werkzeug des Kampfes. Ein Mittel, um Narrative sichtbar zu machen, die systematisch ausgeschlossen oder marginalisiert werden. In Deutschland bedeutet diese Auseinandersetzung konkret, rassistische Hassdiskurse, paternalistische Migrationsnarrative und die falsche Trennung zwischen „guten“ und „schlechten“ Migrant*innen zu konfrontieren. All diese Diskurse entstehen außer-

halb Migrant*innen-Erfahrungen. Sie dienen dazu, Migrant*innen-Communities zu spalten, zu befrieden und politisch handlungsunfähig zu halten.

Aus unserer eigenen Erfahrung – die wir als eine geteilte Erfahrung vieler Migrant*innen in Deutschland verstehen – wissen wir: Das Erlernen der deutschen Sprache ist ein zentraler Schritt für alle, die nicht mit dieser Sprache aufgewachsen sind. Natürlich ist Kommunikation im Alltag entscheidend. Das eigentliche Problem liegt jedoch im Weg dorthin: im langen Prozess, bis wir komplexe Gedanken ausdrücken, uns an politischen Diskussionen beteiligen oder eine kritische Analyse der Realität formulieren können.

Dieser Weg ist fast immer geprägt von klassischen Deutschkursen – staatlich organisiert oder über Volkshochschulen zu niedrigen Kosten, oder privat organisiert zu hohen Preisen. Der Unterschied zwischen ihnen liegt meist nur in der einzelnen Lehrperson. Die Inhalte, Themen und Methoden sind weitgehend vorgegeben. Im besten Fall sind sie irrelevant für die Lebensrealität der Teilnehmenden. Im schlimmsten Fall sind sie offen klassistisch, moralisierend und reproduzieren die Gesellschaft genau so, wie sie ist – mit all ihren Ungerechtigkeiten und Unterdrückungsformen.

Für uns war deshalb von Anfang an klar: Einen Raum zum Deutschlernen auf der Grundlage von Educación Popular zu schaffen, ist ein zentraler Ausgangspunkt unseres Projekts. Und bis heute ist dieser Raum unser konstantestes und stabilstes Bildungsangebot.

Ihr arbeitet unter anderem mit Sprachkursen, doch ihr übersetzt auch in einem weiteren Sinne: Welche Herausforderungen und welche Vorteile seht ihr darin, Konzepte aus einer andere Weltregion für die politische Arbeit hier

in Deutschland zu übersetzen?

Wenn wir von Übersetzung sprechen, beziehen wir uns nicht nur auf die sprachliche Übersetzung (in unserem Fall vom lateinamerikanischen Spanisch ins Deutsche, oder andersherum). Wir sehen auch eine Übersetzung von Bedeutung und Interpretation von sozialen, historischen und politischen Kontexten, von Erfahrungen, die in einem bestimmten Gebiet gemacht wurden, um sie für andere soziale, kulturelle und politische Kontexte verständlich, nachvollziehbar und nützlich zu machen.

Wir stellen uns permanent die folgenden Fragen: Wie können die Erfahrungen aus den Kämpfen der sozialen Bewegungen in Lateinamerika nützlich für die in Deutschland sein? Wie können wir voneinander lernen? Wie können wir Arbeitsstrategien anderer Bevölkerungen in Deutschland anwenden?

Wir glauben nicht, dass dies ein Copy-and-Paste-Prozess ist. Es gibt keine Handbücher oder Gebrauchsanweisungen für soziale Kämpfe. Aber es ist sehr wichtig, diese Strategien zu verstehen, ihre historische und territoriale Dimension zu erkennen und herauszufinden, welche Elemente wir in den Kämpfen hier in Berlin umsetzen können. Deshalb konzentriert sich ein Aspekt unserer Kurse auf Workshops, die diese Annäherung, diese Reflexion zwischen Erfahrungen und sozialen Bewegungen ermöglichen. Wir bieten Räume zum Austausch für Aktivist*Innen mit Erfahrungen aus Lateinamerika, beispielsweise bei den Mobilisierungen in Deutschland um das Recht auf Stadt und Wohnen, um Kämpfe der Klimagerechtigkeit. Beispiele können die Bewegung der Siedler*Innen in Venezuela, die Bewegung der Hausbesetzer*Innen und Mieter*Innen in Argentinien (MOI) und ökologische Universitäten der Educación Popular in Friedensterritorien in Kolumbien geben.

Die Vorteile, die wir in dieser Übung der politi-

schen Übersetzung sehen, sind: Interesse der Aktivist*innen in Deutschland, andere Erfahrungen des Kampfes außerhalb Europas kennenzulernen und die dringende Notwendigkeit, wirksame Strategien zu entwickeln, die durch kleine Siege das Interesse der Mehrheit an Politisierung wecken können. Für die Bewegungen in Lateinamerika wird es ermöglicht, außerhalb des eigenen Gebiets über ihre Organisationserfahrungen zu sprechen und dadurch Sichtbarkeit im Rahmen eines politischen Szenarios, in dem linke Kräfte von unten durch den Vormarsch rechter und rechtsextremer Regierungen in Amerika geschwächt sind. Dieser Austausch hat das Potential, sich in langfristige Allianzen zwischen den Bewegungen zu verwandeln.

Darüber hinaus erkennen wir einen weiteren Vorteil: das Lernen im Prozess selbst – bei Planung und Organisation der Bildungsräume. Dies stärkt die pädagogischen Werkzeuge unseres Teams aus Lehrenden und Koordinator*innen und ermöglicht die Erstellung von Bildungsmaterialien in verschiedenen Sprachen und Formaten, die für die Diskussion innerhalb der Bildungsräume genutzt werden können.

Die Herausforderungen, die wir sehen, liegen in der Schwierigkeit, stabile Räume des Austausches zu schaffen, die über die Kurse hinaus Bestand haben. Oft ist die Möglichkeit, Vereinbarungen oder Ideen zu vertiefen, die in den Workshops entstehen, durch die begrenzte Dauer eingeschränkt.

Warum sind die Organisation und Politisierung von Migrant*Innen wichtig?

Die Migration ist kein neuer menschlicher Prozess, ebenso wenig die materiellen und emotionalen Bedingungen, die dieser Prozess mit sich bringt. Für uns ist es wichtig, die Ursachen der aktuellen Massenmigration zu erkennen, von der auch wir Teil sind. Das Verständnis

über diese wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Ursachen ermöglicht es uns, auch gemeinsame Elemente dieser Erfahrung zu finden und Instrumente der Transformation zu entwickeln. Als Migrant*innen sind wir ein enorm wichtiger Sektor der Gesellschaft, da wir als Arbeiter*innen einen Großteil der deutschen Wirtschaft bespielen. Gleichzeitig ist es deshalb umso wichtiger, dass wir die notwendigen Analysemittel haben, um unsere eigene Unterdrückung zu erkennen und uns zu organisieren, um unsere Rechte einzufordern.

Unsere Erfahrung auf diesem Gebiet ist die ständige Konfrontation mit einer Gesellschaft, die einerseits Arbeiter*innen aus prekären Verhältnissen braucht, um Pflege- und Dienstleistungsjobs auszuführen, und andererseits eine ausgrenzende Migrationspolitik vorantreibt, die auch ein Ausdruck der Ablehnung des „Fremden“ ist, die so tief in der deutschen Gesellschaft verwurzelt ist. Diese Widersprüchlichkeit erzeugt eine ständige Spannung, Gewalt, Frustration, Isolation und Ignoranz gegenüber den anderen, sowohl in der migrantischen Bevölkerung als auch in der Deutschen.

Diese Erfahrung zu politisieren und uns um sie herum zu organisieren, ist insofern von Bedeutung, als dass wir die migrantische Gemeinschaft als einen unterdrückten Sektor innerhalb der Gesellschaft anerkennen, mit unzureichenden sozialen und politischen Rechten und von Räumen der Partizipation ausgeschlossen. Der einzige Weg, Sichtbarkeit zu schaffen und die Realität zu verändern, ist die Organisierung, das kollektive Anerkennen und Suchen nach Lösungen für diese Probleme. Sei es durch eine politische Organisation, die materielle und emotionale Voraussetzungen für eine Lösung schafft oder durch die Forderungen nach einer Umstrukturierung des Staates, hin zu einer umfassenderen und progressiveren Sozialpolitik. Um das zu errei-

chen, brauchen wir große Organisationen und müssen Kraft von unten her sammeln.

Wir glauben daher auch, dass es wichtig ist, als Arbeiter*innenklasse Bündnisse mit deutschen marginalisierten Sektoren (*sectores populares*) zu schließen. Um das zu erreichen, müssen wir Instrumente der Politisierung und Organisationen schaffen, die unsere Stimmen vor dem Szenario einer Kriminalisierung linker Kräfte und der zunehmenden Legitimierung rechtsextremer Gruppierungen und Parteien, stärken. In diesem Prozess der Politisierung und Organisation spielt die politische Bildung eine fundamentale Rolle. Die *Educación Popular* kann effektive Antworten auf die Politisierungsprozesse der Gesellschaft und innerhalb der migrantischen Gemeinschaft geben.

Uns zu vereinen und uns zu organisieren ist ein grundlegender Schlüssel zur Überwindung dieser historischen Etappe von Faschisierung der Gesellschaft auf globaler Ebene. Um das gut zu machen und Widerstand zu leisten, brauchen wir alle unsere Kreativität, Intelligenz und kollektive Zärtlichkeit.

Avanti!

Aquarela Padilla. Geboren 1988 in Venezuela, ist audiovisuelle Produzentin und Drehbuchautorin. Sie arbeitete über 8 Jahre lang als Produzentin und Lehrerin für Dokumentarfilme und kommunale Fernsehprojekte in Caracas und für politische Bildungsprojekte für Arbeiter:innen und Mitglieder:innen von Gemeinderäten in Venezuela. Schriftstellerin, Chronistin und sozialpädagogische Assistentin im Vorschulbereich. Derzeit koordiniert sie das Bildungszentrum Lohana Berkins und studiert Philologie an der Freien Universität Berlin.

Interview: **Dario Farcy**



Fortbildung veranstaltungen

Erstes Treffen „Pflegeberufe: Prekäre Visa und Feminisierung der Prekarität“

Datum: 03.05.2025

Einführung: Das zentrale Thema dieses Treffens sind Care-Arbeiten und ihr Zusammenhang mit prekären Visa. Im Fokus steht, wie diese Situation migrantische Personen in Deutschland betrifft – insbesondere einen feminisierten Bereich der Bevölkerung, in dem es überwiegend Frauen sind, die solche Visa haben. Sie übernehmen Care-Arbeiten unter Arbeitsbedingungen, die oft nicht angemessen sind. Im deutschen Kontext sind diese Visa Teil neoliberaler Politiken und Reformen zur Deregulierung des Arbeitsmarktes. Dazu gehören Visa-Modelle wie Au-Pair-Programme, Working Holiday, Freiwilligendienste und ähnliche. Diese Programme führen dazu, dass migrantische Personen arbeiten, ohne dass ihre Arbeitsrechte anerkannt werden, und sich dabei in einer besonders verletzlichen Lage befinden.

In diesem Treffen stehen die Bewusstseinsbildung, der Austausch von Erfahrungen und der Aufbau von Unterstützungsnetzwerken im Mittelpunkt. Ziel ist es, die Problematik der Care-Arbeit und die Prekarisierung migrantischer Arbeit sichtbar zu machen.



„Die Krise der internationalen Pflegekette und Au-pair-Visa“.

Janet Chiepa

Das französische Wort „au pair“ bedeutet „in Gegenseitigkeit“ und bezeichnet eine Auslandserfahrung für junge Menschen. Während sie in Gastfamilien bei der Kinderbetreuung helfen, haben sie die Möglichkeit, Sprachen zu lernen. Jedes Jahr nehmen etwa 15.000 Menschen diese Art der Beschäftigung in Deutschland auf. Ihre Erfahrungen sind jedoch oft weit von dieser Idee der Gegenseitigkeit entfernt. Stattdessen sehen sie sich mit Überstunden, ständiger Verfügbarkeit und sogar Missbrauchssituationen, einschließlich sexueller Gewalt, konfrontiert.

Laut der Organisation KOK e. V. ist der private Haushalt einer der gefährlichsten Orte für Arbeitsausbeutung. Die Arbeitsbedingungen sind dereguliert, und viele Au Pairs bleiben ohne Unterstützung, wenn Probleme auftreten. Seit 2002 genügt ein Gewerbeschein, um als Vermittlungsagentur zu arbeiten. Gleichzeitig werden viele Gastfamilien über soziale Netzwerke gefunden – ohne staatliche Kontrolle, ohne Garantien. Das setzt Au Pairs schutzloser Ausbeutung aus und nimmt ihnen die Möglichkeit, sich zu wehren. Wer die Gastfamilie verlässt, riskiert das Visum. So werden Au Pairs – meist junge migrantische Frauen – in Abhängigkeit gedrängt.

Hinzu kommt ein weiteres Problem: die private Krankenversicherung, die häufig nur Notfälle abdeckt. Das bedeutet für viele junge Menschen keinen realen Zugang zu umfassender medizinischer Versorgung. Sie leben mit der Angst, krank zu werden, oder wissen nicht, an wen sie sich wenden können.

Vor diesem Hintergrund bauen Trabajo Migrante¹ und Kali Feminists² ein Unterstützungsnetzwerk für Au Pairs auf. Das Ziel ist klar: die Isolation zu durchbrechen, Informationen zu teilen, sich gegenseitig zu unterstützen und konkrete Mittel zu schaffen, um Ausbeutung zu verhindern und das Wohlbefinden derjenigen zu schützen, die nach Deutschland kommen – oft mit Erwartungen, die sich nicht erfüllen.

Um die Situation der Migranten aus Lateinamerika besser kennenzulernen, haben wir in diesem Jahr eine anonyme Umfrage durchgeführt. Sie sollte Erfahrungen, Bedürfnisse und Herausforderungen von Au Pairs sichtbar machen. Auf dieser Grundlage wollen wir Materialien,

Treffpunkte und konkrete Aktionen entwickeln. Die Ergebnisse zeigten uns unter anderem, dass dieser Bereich nicht nur unsichtbar ist, sondern auch keinerlei Sicherheit oder Unterstützung bietet.

Wir akzeptieren nicht, dass die strukturellen Defizite im deutschen System der Kinderbetreuung auf dem Rücken migrantischer Menschen gelöst werden. Deshalb organisieren wir uns und kämpfen für ein Modell, das gerecht, sicher und tatsächlich auf Gegenseitigkeit beruht.

Input zum Migrationsrecht auf Deutsch.

Darío Farcy

Nach dem Zweiten Weltkrieg erlebte Deutschland mehrere Migrationswellen, mit denen jeweils unterschiedliche Vorstellungen von Migrationsrecht verbunden waren. Im Laufe der Jahre wurden die entsprechenden Gesetze immer wieder verändert und angepasst.

Der wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands (*Wirtschaftswunder*) wurde maßgeblich von den sogenannten „Gastarbeiter*innen“ geprägt. Dabei handelte es sich um migrantische Arbeitskräfte, die im Westen nach dem Krieg zeitlich befristet angeworben wurden, um den Wiederaufbau der Wirtschaft zu sichern. Sie arbeiteten vor allem in manuellen und gering qualifizierten Tätigkeiten. Viele von ihnen kehrten nicht in ihre Herkunftsländer zurück. Damit legten sie die Grundlage für die moderne Arbeitsmigration und für die Entwicklung des Kapitalismus in Deutschland. Daneben gab es die „Vertragsarbeiter*innen“, die ebenfalls als eingeladene Arbeitskräfte nach Deutschland kamen, allerdings aus dem Osten und unter deutlich strengeren Bedingungen. Diese ließen kaum Möglichkeiten zur Integration zu, und eine Rückkehr in die Herkunftsländer war vorgesehen. Die Vorstellung von Migrantinnen als „Gäste“ oder „Besucherinnen“ prägte lange Zeit sowohl das Arbeits- als auch das Migrationsrecht.

Ende 2004 wurde das Aufenthaltsgesetz reformiert und der Begriff der „Integration“ als zentrales migrationspolitisches Leitmotiv eingeführt. Migrantinnen wurden nicht länger als Menschen auf der Durchreise verstanden, sondern als Personen, die in das deutsche System integriert werden sollten. Dabei wurde jedoch ignoriert, dass Millionen Menschen, die unter diese Kategorie fielen, keine Migrantinnen waren, sondern in Deutschland geboren wurden, ohne die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen, jedoch mit einer Migrationsgeschichte. In diesem Zusammenhang wurden Integrationskurse eingeführt, mit starkem Fokus auf Sprache und auf das Erlernen der sogenannten „deutschen Kultur“.

Bereits seit 1982 existiert zudem das Asylgesetz, das zuletzt im Jahr 2025 reformiert wurde. Es regelt den Aufenthalt von Asylsuchenden, deren Aufenthaltstitel alle sechs Monate verlängert werden muss. Diese kurze Befristung erschwert massiv den Zugang zum Arbeitsmarkt, da viele Arbeitgeber*innen keine Personen einstellen, deren Aufenthaltsstatus bei jeder Verlängerung erneut infrage steht.

Abschließend ist es notwendig, über prekäre Visa zu sprechen, die Teil der rechtlichen Architektur des Aufenthaltsgesetzes sind. Dazu gehören unter anderem Au-Pair-Visa, Working-Holiday-Visa und Visa für Freiwilligendienste. Diese Visa weisen sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede auf. In der Regel gelten sie für Zeiträume zwischen sechs und achtzehn Monaten. Einige erlauben Erwerbsarbeit, jedoch keine unbefristeten Arbeitsverträge. In anderen Fällen erhalten die Betroffenen lediglich ein sogenanntes Taschengeld, dessen Höhe festgelegt ist und meist nicht zum Leben reicht.

Diese Visa sind Teil einer Wirtschaftspolitik, die auf prekäre Beschäftigung und die Liberalisierung des Arbeitsmarktes setzt. Spätestens mit der Agenda 2010 wurde die Deregulierung sozialer und arbeitsrechtlicher Sicherungssysteme massiv vorangetrieben. Prekäre Aufenthaltsstatus wurden dabei gezielt genutzt, um migrantische Arbeitskräfte für schlecht bezahlte und unsichere Tätigkeiten zu gewinnen.

Das Au-Pair-Programm geht auf das 19. Jahrhundert zurück und entstand ursprünglich als Möglichkeit für Frauen aus armen Familien, in Haushalten wohlhabender Familien zu arbeiten. In den letzten Jahren wurde dieses System ausgeweitet und die Kriterien für Aufnahme- und Vermittlungsorganisationen deutlich gelockert. Dadurch erhielten auch private und profitorientierte Akteur*innen Zugang zu diesem Bereich. Das System richtet sich heute nicht mehr nur an arme einheimische Frauen, sondern zunehmend an junge migrantische Frauen aus Ländern des globalen Südens.

Schlussfolgerungen

Obwohl sich das deutsche Migrationsrecht in einigen Bereichen verbessert hat, bestehen weiterhin zahlreiche prekäre Situationen und komplexe rechtliche Unsicherheiten. Visa wie Au Pair, Working Holiday oder Freiwilligendienste unterscheiden sich zwar in Dauer und Bedingungen, haben jedoch eines gemeinsam: Sie sind befristet und schränken Arbeitsrechte ein. Damit spiegeln sie eine wirtschaftliche Strategie wider, die auf billige und flexible Arbeitskräfte setzt, ohne verlässliche Garantien zu bieten.

Das Au-Pair-Programm wurde ursprünglich als kultureller Austausch konzipiert, mit Wurzeln in der Idee von Gegenseitigkeit und gegenseitigem Lernen. Heute befindet sich dieses Modell jedoch in einer tiefen Krise, die aus strukturellen Spannungen des Systems und aus prekären migrationspolitischen Rahmenbedingungen in Deutschland resultiert. Viele junge Menschen, insbesondere Frauen, kommen mit großen Erwartungen und in der Hoffnung auf eine Chance. Stattdessen geraten viele von ihnen in ausbeuterische Arbeitsverhältnisse und bleiben ohne ausreichenden rechtlichen und sozialen Schutz.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Aufenthalts- und Visasituationen vieler Migrant*innen in Deutschland von Unsicherheit und Prekarität geprägt sind. Daraus ergibt sich ein dringender Handlungsbedarf: Es braucht eine grundlegende Regulierung dieser Visatypen sowie den Ausbau von Unterstützungsnetzwerken, um menschenwürdige Bedingungen sicherzustellen. Ziel muss ein gerechtes und sicheres Modell sein, das Rechte garantiert und tatsächliche Gegenseitigkeit für alle migrantischen Personen ermöglicht.





Zweites Treffen „Gewerkschaften und globaler Kontext: Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt“

Datum: 17.05.2025

Einleitung: Das Thema lautet „Gewerkschaften und globaler Kontext. Die aktuelle Lage auf dem Arbeitsmarkt“. Ziel ist es zu analysieren, wie unser Alltag mit den globalen Transformationen des Kapitalismus verbunden ist. Diese Veränderungen wirken sich direkt auf Arbeitsformen aus und führen zu einer beschleunigten Prekarisierung, wachsender Ungleichheit und sozialer Ausgrenzung. Hinzu kommen die Auswirkungen der zunehmenden Nutzung von künstlicher Intelligenz, die bestehende Arbeitsverhältnisse weiter verändert und unter Druck setzt. Ein weiterer zentraler Aspekt des Treffens ist die Rolle der Migration in diesem Kontext. Dabei wird die Spannung zwischen der globalen Mobilität des Kapitals und der eingeschränkten Mobilität von Arbeitskräften thematisiert – begleitet von rassistischen und xenophoben Praktiken. Vor diesem Hintergrund wird über die Rolle der Gewerkschaften in Deutschland reflektiert: ihre historische Entwicklung, aber auch die aktuellen Herausforderungen angesichts einer zunehmend diversen, fragmentierten und oft prekarierten Arbeiter*innenschaft. Im Fokus steht dabei die Frage, wie Gewerkschaften versuchen, in einem Arbeitsmarkt, der immer informeller wird und immer weniger Schutz bietet, neue Instrumente und Strategien zu entwickeln. Das Treffen umfasst zwei Inputs: einen zu Gewerkschaften und Betriebsräten sowie einen weiteren zur künstlichen Intelligenz als neuer Arbeitsform und ihrem Einfluss auf Arbeitsbedingungen.

Den Auftakt bildet der Input von María. Dabei wird beleuchtet, wie das deutsche Gewerkschaftssystem aufgebaut ist, worin es sich von den Modellen unterscheidet, die in vielen Ländern Lateinamerikas verbreitet sind, welche politischen und arbeitsrechtlichen Debatten deutsche Gewerkschaften derzeit priorisieren und in welchem Maß sie daran arbeiten, migrantische Arbeiter*innen einzubeziehen und deren Interessen zu vertreten.

„Gewerkschaftswesen in Deutschland“

Maria Nicolellis

Zunächst ein Blick in die Geschichte: Die Gewerkschaften in Deutschland entstanden Anfang des 20. Jahrhunderts, überwiegend eng verbunden mit der SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands). Zwischen 1933 und 1945 wurden Gewerkschaften verboten und ihre Führungskräfte verfolgt. In dieser Zeit entstand die Deutsche Arbeitsfront (DAF), die einzige Gewerkschaft im Nationalsozialismus. Mit ihr wurden Streikrecht und Tarifverhandlungen abgeschafft. Nach 1945 wurde die DAF verboten, und 1949 gründete sich im Westen der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB). Im Osten entstand der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB). Nach der Wiedervereinigung 1990 übernahm man auch im Osten das westdeutsche Modell.

Heute verhandeln Gewerkschaften unter anderem Löhne, Arbeitszeiten und Urlaubstage. Daneben gibt es die Betriebsräte, die innerhalb der Unternehmen Arbeitsbedingungen aushandeln und darauf achten, dass Rechte eingehalten werden. Auch rechtliche Ansprüche wie Kündigungsschutz oder Mutterschutz können vor Gericht geltend gemacht werden.

In Deutschland haben nur die Gewerkschaften das Recht, Streiks auszurufen. Die Mitgliedschaft ist freiwillig und beinhaltet in der Regel einen Beitrag von etwa 1 % des Bruttogehalts. Die Stärke der Gewerkschaften hängt von der Mitgliederzahl und der Streikfähigkeit ab. Es gibt zahlreiche Gewerkschaften in verschiedenen Bereichen, darunter öffentliche Dienste, Bildung, Transport, Technologie, Bau, Lebensmittelindustrie, Polizei usw.

Ein großer Teil der Arbeitskräfte in Deutschland sind Menschen mit Migrationshintergrund. Dennoch gibt es viele Barrieren: Sie haben oft weniger Zugang zu Informationen über Arbeitsrechte und Beratung und sind seltener in Gewerkschaften organisiert. In der Praxis sind Gewerkschaften daher stärker von einheimischen Deutschen geprägt. Insgesamt ist die Gewerkschaftsmitgliedschaft in Deutschland nicht sehr hoch: Nur etwa 17 % der Beschäftigten sind Mitglied einer Gewerkschaft, davon nur rund 12 % Migrant*innen.

In diesem Zusammenhang muss man sagen, dass in letzter Zeit viele migrantische Arbeitnehmer*innen in Betriebsräte (BR) eingetreten sind. Die Betriebsräte bestehen aus mindestens fünf Mitarbeitenden, die demokratisch von den Beschäftigten gewählt werden. Sie sorgen dafür, dass Arbeitszeiten eingehalten, Arbeitsbedingungen fair ge-

staltet und Gleichbehandlung gewährleistet wird – alles innerhalb des Unternehmens. Dennoch ist es oft schwierig, migrantische Beschäftigte zu organisieren, unter anderem wegen Sprachbarrieren, prekären Arbeitsverhältnissen, Misstrauen, Angst oder fehlender Informationen. Deshalb sind starke Gewerkschaften, die Struktur und Ressourcen bereitstellen, unverzichtbar.

Wie organisieren wir uns? Koordiniere dich mit deinen Kolleginnen, tausche dich aus, tritt einer Gewerkschaft bei, gründe einen Betriebsrat und kämpfe für Tarifverträge. Organisiere dich in politischen Strukturen, die gegen die Prekarisierung der Arbeit kämpfen, um gemeinsam mit den Kolleginnen eine Welt aufzubauen, in der das Leben über dem Kapital steht.

„Der Kapitalismus heute und die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt“

Mariano Félix

Der Kapitalismus ist verantwortlich für zahlreiche Veränderungen in Bezug auf neue Arbeitsformen. Dies geschieht besonders in stark globalisierten und urbanisierten Regionen, betrifft jedoch nicht nur den Globalen Süden, sondern auch den Norden. Zu diesen Veränderungen gehören unter anderem die Selbstständigkeit ohne garantierte Rechte, digitale Plattformen und Formen der Beschäftigung, die als kultureller Austausch getarnt werden – etwa bei Freiwilligenprogrammen –, die in Wirklichkeit jedoch nur darauf abzielen, Arbeitsplätze zu besetzen, ohne nennenswerte Ressourcen zu investieren. Die Arbeiterbewegung hat im Laufe der Jahre große Kämpfe geführt und Erfolge erzielt. Diese neuen Arbeitsformen untergraben jedoch viele dieser Errungenschaften. Es herrscht eine große Instabilität, die Beschäftigte unter unsichere Bedingungen stellt und die Ungleichheit verstärkt.

Hinzu kommt der Einfluss von Technologie und das rasante Wachstum künstlicher Intelligenzen. Oft verschärft dies die Prekarität unter dem Vorwand von Effizienz und fördert eine starke Deregulierung des Arbeitsmarktes, die Rechte und soziale Sicherheiten einschränkt. Dadurch verschärft sich auch die Ungleichheit drastisch: Menschen, die nicht in technologischen Bereichen arbeiten, fallen oft völlig ab. Besonders betroffen sind Migrant*innen, Menschen ohne festen Wohnsitz, Arbeitslose oder Menschen mit Behinderungen. Arbeit garantiert ihnen heute keine menschenwürdigen, inklusiven oder geschützten Bedingungen mehr.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es eine enge Verbindung zwischen Gewerkschaften, der Situation migrantischer Beschäftigter und technologischen Transformationen gibt, insbesondere angesichts prekärer Rechtslagen und Arbeitsformen. Es stellt sich die Frage, inwieweit Gewerkschaften die Auswirkungen von KI auf die Arbeitsbedingungen von Migrant*innen kennen und berücksichtigen, insbesondere wie diese Systeme vom alltäglichen Arbeiten und Verhalten der Menschen profitieren (Kommerzialisierung von Verhaltensmustern und sozialen Beziehungen).

Dabei ist zu beachten, dass Plattformen nicht nur individuelle Aktivitäten darstellen, sondern viele Dimensionen haben: geopolitische Kämpfe, undurchsichtige Datennutzung, Kommerzialisierung usw. Viele geopolitische Auseinandersetzungen werden über Technologien und den Zugang zu Informationen geführt. Das Beispiel Huawei in Europa und den USA ist dafür paradigmatisch. Gleichzeitig führt der Aufbau der technologischen und physischen Infrastruktur für KI zu verstärktem Extraktivismus, was Migration durch Zerstörung von Lebensräumen und Territorien nach sich zieht.

Hinter diesen Technologie-Monopolen (Amazon, Google, Apple usw.) steht ein Wettlauf um die Kontrolle von menschlichen Interaktionen und Territorien, um Gewinne zu sichern. Wir beobachten eine „Feudalisierung“ der Weltwirtschaft: Die Aneignung von Ressourcen basiert zunehmend auf der Kontrolle von Infrastrukturen, die das Funktionieren des Kapitalismus sichern – sei es über Territorien, natürliche Ressourcen oder den Zugang zu Plattformen. Die Produktion von Gütern wird heute zunehmend von diesen „Cloud-Landlords“ gemessen und gesteuert, die versuchen, sich außergewöhnliche Renditen anzueignen. Nicht zu vergessen ist die organische Verbindung zwischen dieser Entwicklung des Kapitalismus und politischer Macht. Der Aufstieg der extremen Rechten ist eng mit den Interessen dieses neuen Kapitalektors verbunden. Ein Ziel ist es, das, was von den Demokratien des vergangenen Jahrhunderts und ihren Rechten übrig ist, zu zerschlagen, um eine technokratische Herrschaft zu festigen. Gleichzeitig konkurrieren Milliarden von Arbeitnehmer*innen ohne Rechte um Zugang zu Arbeits- und Verkaufsplattformen.

Interventionen

Es stellt sich die Frage, ob wir es derzeit mit einer neuen industriellen Revolution zu tun haben – vergleichbar mit jener, die durch die Dampfmaschine oder später durch den Verbrennungsmotor ausgelöst wurde. Wie in diesen historischen Momenten entstehen auch heute massive Ungleichgewichte: In Regionen, in denen der technologische Fortschritt voranschreitet, werden Arbeitsplätze in rasantem Tempo zerstört, während gleichzeitig neue Sektoren mit sehr hohen Einkommen entstehen. In den Peripherien hingegen beobachten wir eine fortschreitende De-industrialisierung und die Verfestigung eines stark prekarierten Sektors, der kaum Zugang zu Wertschöpfungsketten hat.

Auch wenn in Europa und in einigen spezifischen Bereichen noch über Arbeitszeitverkürzung als Folge von Technologieeinsatz und Produktivitätssteigerung diskutiert wird, zeigt sich weltweit ein anderes Bild: In den meisten Branchen nehmen Arbeitszeiten zu, Beschäftigungsverhältnisse werden flexibilisiert und unsicherer. Theorien und politische Vorschläge, die noch vor wenigen Jahren als realistisch galten – etwa jene von Klaus Offe –, geraten angesichts der fortschreitenden Plattformisierung der Arbeitsverhältnisse zunehmend in den Hintergrund.

Mit diesem technologischen Sprung verschwinden ganze Branchen und Produktionsprozesse oder werden durch Automatisierung ersetzt. Gleichzeitig gibt es Tätigkeiten, die sich – zumindest derzeit – nicht vollständig ersetzen lassen. Dazu gehören insbesondere Care-Arbeiten. Sie mögen technisch unterstützt oder teilweise automatisiert werden, bleiben aber auf menschliche Zuwendung und Präsenz angewiesen. Parallel dazu werden industrielle Tätigkeiten in andere Regionen mit billigerer Arbeitskraft verlagert oder Arbeitskräfte – überwiegend migrantische – in besonders prekären Bereichen eingesetzt. Ein Beispiel dafür sind Plattformen für sogenannte „Mikroaufgaben“ wie Reinigung, Reparaturen oder andere Dienstleistungen, die punktuell Arbeitskraft vermitteln und dabei Unsicherheit und Ausbeutung reproduzieren.

Derzeit steht das Technologie- und Plattformkapital an der Spitze der Wertschöpfungspyramide. Es übt massiven Druck auf andere Sektoren aus und verstärkt die Konzentration des gesellschaftlich produzierten Reichtums nach oben. Gleichzeitig ist – ähnlich wie nach der Krise der 1970er Jahre – keineswegs klar, ob künstliche Intelligenz langfristig tatsächlich neues Wachstum sichern kann.

Zu Beginn der 2000er Jahre war die Hoffnung verbreitet, dass neue Technologien und insbesondere das Internet eine demokratisierende

Wirkung entfalten würden. Heute hat sich diese Vorstellung weitgehend ins Gegenteil verkehrt: Technologie erweist sich zunehmend als Kontrollinstrument, gespeist durch die Digitalisierung von Vorlieben, Beziehungen und sozialen Interaktionen, um Profite zu generieren. Es ist kein Zufall, dass der Kapitalismus, den der Technologiesektor benötigt, auf radikale Deregulierung und einen autoritären Staat angewiesen ist. Auch der Einsatz von KI verändert die Arbeits- und Verwaltungsstrukturen des Staates selbst, erleichtert Deregulierung und fördert flexible, unsichere Beschäftigung.

Vor diesem Hintergrund ist es zentral, den Prozess einer „neuen Proletarisierung“ zu verstehen, der durch diesen technologischen Wandel vorangetrieben wird. Es gilt zu analysieren, welche Funktion diese neue Enteignung von Milliarden Menschen erfüllt. Nur so kann KI politisch angeeignet und als Werkzeug für Organisation und Widerstand nutzbar gemacht werden.

In diesem Zusammenhang muss der Care-Sektor in all seinen Formen als Arbeit anerkannt und mit guten Arbeitsbedingungen ausgestattet werden. Statt die Debatte auf die vermeintlich „rettende“ Rolle von KI zu verengen, müssen wir den Fokus auf jene Bereiche legen, die nicht ersetzbar sind. Der Staat muss in die Pflicht genommen werden, die Aufwertung von Care-Arbeit und anderen gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten aktiv zu unterstützen.



Drittes Treffen „Freelancer in Berlin: Wie organisieren wir uns für unsere Rechte und bessere Arbeitsbedingungen?“

Datum:22.05.2025



Kurzer historischer Überblick über die Praxis der Selbstverwaltung

Dario Farcy

Kooperative und selbstverwaltete Erfahrungen entstanden in Europa als demokratische Antwort der Arbeiter*innen auf die gewaltsamen Anfänge des Kapitalismus. Wie dieser entwickelten sie sich ab dem 18. Jahrhundert und insbesondere im 19. Jahrhundert weiter. Zu Beginn handelte es sich bei den meisten dieser Organisationen um Formen der Selbsthilfe, die darauf ausgerichtet waren, konkrete Bedürfnisse zu decken – etwa Ernährung, Gesundheitsversorgung oder Bestattungen. Mit der Zeit festigten sich diese Erfahrungen, entwickelten eigene Organisations- und Verwaltungsmodelle sowie politische und ethische Rahmen, aus denen später das entstand, was wir heute als Genossenschaftsbewegung kennen.

Im Kontext des sozialistischen Aufbaus in Jugoslawien und in dem Versuch, eine Alternative zum staatskapitalistischen Modell des Stalinismus zu entwickeln, entstand schließlich das politisch-ökonomische Projekt der Selbstverwaltung. Es basierte auf staatlichem Eigentum an den Betrieben, die jedoch von den Arbeiter*innen und leitenden Angestellten selbst verwaltet wurden. Diese Betriebe konkurrierten auf einem Markt, der durch politische Institutionen und öffentliche Produktionsverhältnisse begrenzt war. Dieses Modell prägte die Produktionsweise des Landes von den 1950er Jahren bis zu seinem Zusammenbruch infolge innerer Spaltungen und imperialistischer Angriffe.

Auch heute knüpfen zahlreiche Initiativen – von Italien über die USA bis nach Argentinien – an dieses kooperative und selbstverwaltete Erbe an. Trotz unterschiedlicher Kontexte und Organisationsformen verfolgen sie ein gemeinsames Ziel: eine Wirtschaft aufzubauen, die auf Demokratie, sozialer Gerechtigkeit und kollektiver Selbstbestimmung basiert und sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert – nicht an der Profitlogik.

Diese Alternativen entstehen erneut in einem historischen Moment, der dem damaligen erstaunlich ähnelt: tiefgreifende Umbrüche in der Produktionsweise, wachsende soziale Ungleichheit, zunehmende Prekarisierung und der Aufbau eines riesigen Reservoirs an Arbeitskräften ohne stabile Existenzsicherung. Genau deshalb ist es heute besonders wichtig, diese historischen Erfahrungen mit den aktuellen Kämpfen zu verbinden. In einer Gesellschaft, in der die Eliten ihre wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen als alternativlos darstellen, eröffnen selbstverwaltete und kooperative Modelle reale Gegenentwürfe. Als Menschen, die sich in Deutschland organisieren – insbesondere aus migrantischen Perspektiven – können und müssen wir an diese Traditionen anknüpfen, um unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen kollektiv zu verbessern und neue Formen solidarischer Ökonomie aufzubauen.

Was ist BerufsBrücken? Und warum gibt es BerufsBrücke?

Dani Reyes Rios

Heute werden viele Bereiche der Arbeitswelt in Formen der Selbstausbeutung gedrängt, die unter dem Label der „Selbstständigkeit“ oder des Freelancings verkauft werden. Das ist kein Zufall, sondern Ausdruck eines neoliberalen Gesellschaftsmodells, das Prekarität als individuelle Freiheit legitimieren will. Besonders deutlich zeigt sich das in Bereichen wie Reinigung, Bildung, Kultur und in der Plattformökonomie.

Freelancer*in zu sein bedeutet in Deutschland in der Regel den Verlust zentraler Arbeitsrechte: kein Zugang zur gesetzlichen Sozial- und Krankenversicherung, keine bezahlten Urlaubstage, keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, kein Anspruch auf Arbeitslosengeld. Die versprochene Flexibilität bedeutet in der Realität Unsicherheit und permanente Abhängigkeit.

BerufsBrücke entsteht als kollektive und selbstorganisierte Antwort auf diese Formen der Ausbeutung. Das Projekt versteht sich als solidarische Struktur, die Abrechnung, rechtliche Beratung und soziale Absicherung miteinander verbindet. So können wir unsere Berufe weiter ausüben, ohne die Prekarität des Freelancings akzeptieren zu müssen. Unser Ziel ist klar politisch: Wir wollen Lebensbedingungen schaffen, die auf Solidarität, Gerechtigkeit und kollektiver Organisation beruhen.

Woher kommt dieses Instrument?

Im Jahr 2022 haben wir eine Umfrage unter lateinamerikanischen Migrant*innen in Berlin durchgeführt. Dabei wurden zentrale Hürden auf dem deutschen Arbeitsmarkt deutlich:

- fehlende Sprachkenntnisse
- Probleme mit Visa und Arbeitserlaubnissen
- komplexe Bürokratie und schwer zugängliches Arbeitsrecht
- fehlende berufliche Netzwerke und Unterstützung

Aus diesen Erfahrungen heraus haben wir ein

Kollektiv gegründet, das konkrete Antworten auf diese strukturellen Probleme gibt und die Arbeitsbedingungen von Migrant*innen verbessert. BerufsBrücke ist eine Struktur von Migrant*innen und für Migrant*innen, weil wir aus eigener Erfahrung wissen, wie sehr uns die deutsche Bürokratie – durch Sprache, Regeln und besondere Anforderungen – im Alltag belastet und ausgrenzt.

Gleichzeitig ist BerufsBrücke kein geschlossenes Projekt. Auch wenn der Fokus auf migrantischen Perspektiven liegt, steht das Kollektiv allen offen.

Wie machen wir das?

Das Kollektiv ist in der Genossenschaft „Smart-DE“ organisiert. Diese stellt uns eine rechtliche Struktur sowie die notwendige administrative Infrastruktur zur Verfügung, um Ressourcen kollektiv zu verwalten.

„Smart“ ist eine Genossenschaft, die ursprünglich in Belgien gegründet wurde und sich später auf andere Teile Europas ausgeweitet hat, unter anderem nach Deutschland. Sie steht für ein alternatives Arbeitsmodell für Freelancer*innen. Durch die Mitgliedschaft in der Genossenschaft ist es möglich, von den Vorteilen eines abhängigen Beschäftigungsverhältnisses zu profitieren und gleichzeitig weiterhin selbstständig zu arbeiten – ohne die bürokratischen Hürden, die mit diesem Status normalerweise verbunden sind.

Die Genossenschaft bietet unter anderem:

- ein Instrument zur deutlichen Vereinfachung der Steuererklärungen, mit Transparenz über gezahlte Steuern und soziale Ansprüche
- individuelle arbeitsrechtliche Beratung, um Fragen oder Probleme im Zusammenhang mit der selbstständigen Arbeit zu klären
- Zugang zu Kranken- und Arbeitslosenversicherung, bezahltem Urlaub, Lohnfort-

zahlung im Krankheitsfall sowie weiteren sozialen Leistungen

- die Einbindung in ein Netzwerk von Selbstständigen, die Erfahrungen, Wissen, Kontakte und Projekte teilen. Darüber hinaus die Möglichkeit, Ressourcen wie Gelder, Räumlichkeiten, Materialien usw. gemeinsam zu verwalten.

Darüber hinaus eröffnet die Struktur die Möglichkeit, Ressourcen kollektiv zu verwalten, etwa gemeinsame Fonds, Räume, Materialien oder andere Infrastruktur.

Solidarische Verbindung: einige Beispiele dafür, wie wir arbeiten.

Ziel ist es, dass zwischen den Mitgliedern von BerufsBrücke eine konkrete solidarische Verbindung entsteht. Das geschieht vor allem durch kollektive Abrechnung: Gemeinsam erhöhen wir die individuellen Einnahmen der Mitglieder und schaffen zugleich die Möglichkeit, Arbeiten gemeinsam auszuführen, Aufgaben zu delegieren oder sich gegenseitig zu vertreten. Ein Beispiel: Wenn ich eine regelmäßige Kund*innen-schaft habe, aber für einen Monat zu meiner Familie reise, kann ein anderes Mitglied des Kollektivs diese Arbeit über BerufsBrücke übernehmen, bis ich zurück bin. Auf diese Weise schaffen wir gemeinsam ein Maß an beruflicher Stabilität, das individuell kaum erreichbar wäre.

Wie arbeiten wir? (Organigramm)

Das BerufsBrücke-Team steht zur Verfügung, um bürokratische Angelegenheiten zu klären und gleichzeitig Mittel für die administrative Arbeit zu sammeln. Diese Arbeitsstunden werden kollektiv finanziert und nicht aus den individuellen Rechnungen der Mitglieder abgezogen. Außerdem nimmt das Team an Treffen des Kollektivs teil, wenn strategische Fragen diskutiert werden.

Kollektiv-administratives

Arbeitsteam

Dieses Team unterstützt Personen, die neue Kund*innen gewinnen, Produkte oder Dienstleistungen entwickeln oder neue Mitglieder für das Kollektiv gewinnen möchten. Es verwaltet das

kollektive Budget gemäß gemeinsamer Vereinbarungen und organisiert bezahlte kollektive Arbeit. Das Team trifft sich alle zwei Wochen an einem festen Tag für zwei Stunden kollektiver Arbeit. Um Teil des Kollektivs zu werden und von diesen Strukturen zu profitieren, gibt es unterschiedliche Formen der Beteiligung. Dabei werden auch die jeweiligen individuellen Situationen berücksichtigt.

Unser Kollektiv besteht aus vier Bereichen:

1. Die Genossenschaft „SmartDE“
2. *Trabajo Migrante* als Basisraum für politische Arbeit und die Vernetzung mit anderen migrantischen Arbeiter*innen kämpfen
3. Das Kollektiv BerufsBrücke, bestehend aus Personen, die über SmartDE arbeiten und sich gemeinsam mit dem BB-Team organisieren
4. Das BB-Team, das quer zu den Ebenen 1, 2 und 3 arbeitet und die Verbindungen zwischen ihnen herstellt

Warum ist dieses Instrument wichtig?

Selbstverwaltung ist ein kollektives Werkzeug, das darauf abzielt, individuelle Bedürfnisse durch solidarische Zusammenarbeit zu lösen. In ihrer Praxis trägt sie bereits den Keim einer gerechteren, freieren und kreativeren Gesellschaft in sich. Gleichzeitig ist es wichtig, klar zu benennen: Selbstverwaltung allein kann das System, in dem wir leben, nicht grundlegend verändern. Dieses System ist geprägt von rassistischen und klassenbezogenen Unterdrückungsstrukturen. Genau deshalb beschränkt sich unser Engagement nicht auf selbstorganisierte Arbeitsformen. Wir beteiligen uns bewusst an politischer Organisation innerhalb migrantischer Organisationen und anderer sozialer Bewegungen, die für eine Zukunft kämpfen, in der Selbstverwaltung ohne die Zwänge des Kapitalismus und ohne strukturelle Unterdrückung möglich ist.

Interview mit Teilnehmerinnen

Die folgenden Interviews wurden mit Personen geführt, die an den Bildungsangeboten des Bildungszentrums Lohana Berkins teilgenommen haben und aktiv im Kollektiv Trabajo Migrante sind. Dieses Kollektiv ist ein zentraler Raum der Organisation für arbeitsbezogene Themen der lateinamerikanischen Migrant*innen-Community in Berlin.

Mit ihren Erfahrungsberichten wollen wir die Bedeutung der politischen Partizipation von Migrant*innen in Deutschland unterstreichen. Politisches Engagement schafft nicht nur Orte der Begegnung und der kollektiven Organisation, um konkrete Lebensbedingungen zu verbessern, sondern ermöglicht auch die aktive Teilnahme an Bildungsangeboten des Projekts Lohana Berkins. Wir halten es für entscheidend, politische Bildung und politische Praxis miteinander zu verbinden – besonders für Menschen aus gesellschaftlich marginalisierten Gruppen.



Welche politischen Erfahrungen habt ihr gemacht und wie sahen eure beruflichen Wege aus?

Janet: Am Anfang hatte ich keine politische Erfahrung. Ich habe oft gesagt, dass ich nichts verstehe und das politische Vokabular fremd ist. Auch heute ist es manchmal noch schwierig. Doch das hat sich geändert. Ich verstehe die Begriffe besser und kann Gesprächen folgen. Wenn ich von der Arbeit anderer höre oder selbst Situationen erlebe, sehe ich klarer, wie das System funktioniert. Besonders in Bezug auf Migrant*innen. Das hat meinen Horizont erweitert. Mein Denken wurde strukturiert und ich lernte Dinge kennen, von denen ich vorher nichts wusste.

Als ich zum Kollektiv kam, war ich arbeitslos. Die Teilnahme an den Angeboten war eine große Hilfe. Davor hatte ich als Au Pair und in der Gastronomie gearbeitet. Das waren negative Arbeitserfahrungen.

Lau: Meine politische Arbeit begann 2017 in Mexiko. Ich war in einem sozialen Kollektiv und in Umweltprojekten aktiv. Es war eher gemeinschaftlich als politisch. Wir sahen, was

gebraucht wurde, und organisierten Aktionen. 2019 wurde ich für ein Trainingsprogramm der Friedrich-Ebert-Stiftung ausgewählt. Dort lernte ich die Agenda der SPD kennen. Das Programm war ursprünglich für junge Politiker*innen. In diesem Jahr wurde es für weitere Gruppen geöffnet. So konnte ich teilnehmen. Diese Erfahrungen halfen mir, mich als Aktivistin zu sehen. Früher hätte ich mich nicht getraut, Feministin zu sagen oder politische Stellung zu beziehen. Jetzt habe ich das Vertrauen. Ich beteilige mich an Protesten, diskutiere politische Themen und entwickle ein Bewusstsein für öffentliche Politik. Ich kann sagen: Ich engagiere mich, teile diese Werte und trete mit meiner Agenda an Gesellschaft und Behörden heran.

Ich kam im Januar 2022 nach Deutschland. Ab Oktober nahm ich an den Treffen von Trabajo Migrante teil. Damals hatte ich ein Stipendium und studierte. 2023 arbeitete ich im zweiten Semester in einem Praktikum. 2024 war ich bei einer internationalen Organisation beschäftigt. Im Juni 2025 bekam ich einen Teilzeitvertrag in Deutschland.

Welche Beiträge und Debatten in den politischen Bildungsräumen sind für euch besonders wichtig? Was hat sich für euch nach der Teilnahme an den Bildungsangeboten des CEP verändert?

Janet: Für mich war politisch das Thema Au Pair am wichtigsten. Wir haben das das ganze Jahr über behandelt. Es war ein großer Gewinn, dass wir damit begonnen haben und es auch in der zweiten Jahreshälfte weitergeführt haben. Persönlich hat mich das Thema Gewerkschaften am meisten beeindruckt. Ich hatte keine Ahnung, wie sie hier funktionieren und wie sie sich von meiner Erfahrung in Argentinien unterscheiden. Zu verstehen, wie sie organisiert sind und was dort passiert, hat mir gezeigt: Trotz Fehlern gibt es Menschen, die versuchen, Arbeiter*innen zu schützen und zu



unterstützen.

Lau: Das war meine vierte oder fünfte Teilnahme am Workshop für migrantische Arbeiter*innen. Themen wie Gewerkschaften oder Arbeitsorganisation in Deutschland kannte ich schon. Dieses Jahr hat mir das Thema Au Pair am meisten gefallen. Ich konnte es direkt mit dem Arbeitsmarkt und der Migration verbinden. Wir haben gesehen, wie dieses Programm in die globale Pflegekette eingebunden ist. Das hatten wir schon theoretisch diskutiert, aber jetzt konnten wir es mit der Realität der Menschen verbinden, die das täglich erleben. Feministische Theorie und konkrete Realität zusammenzubringen, um aktiv zu werden und andere zum Mitdenken und Mitorganisieren zu bewegen – das ist der große Gewinn der Bildungsarbeit des Bildungszentrums Lohana Berkins.

Außerdem fand ich unsere Diskussion über den TikTok-Streik dieses Jahr sehr interessant. Wir haben über Anpassungen der Gewerkschaften und neue Formen der Arbeitsorganisation gesprochen – angesichts von KI, Plattformen und den Veränderungen des Arbeitsmarkts. Das ist erst ein Anfang, wir stehen noch am Anfang des Themas, aber es war sehr wertvoll, dass es in der letzten Fortbildung behandelt wurde. Technologie verändert die Arbeit und auch, wie wir uns organisieren. Das müssen wir verstehen, um effektive Strategien zu entwickeln.

Janet: Für mich hat sich meine Empathie für Arbeiterinnen stark verändert. Besonders nach allem, was in Leipzig mit dem Streik passiert ist und wie das Unternehmen (DHL) reagiert hat. Ich wusste schon, dass das ein prekärer Sektor ist, aber jetzt sehe ich Arbeiter*innen anders. Wenn ich heute jemanden bei der Arbeit sehe, will ich die Person umarmen. Ich sehe die Menschen im System. Früher habe ich alles automatisch erlebt; mir ist kaum etwas aufgefallen. Jetzt werde ich Tag für Tag bewusster, wie die Dinge funktionieren.

Lau: Am Anfang hat mir die Fortbildung geholfen, meine eigene Situation zu verstehen: Wo stehe ich im System, wie gehe ich damit um – in einem neuen Land, in einem neuen Kontext. In den letzten Fortbildungen, besonders dieses Jahr, habe ich gemerkt, dass ich Wissen und Vertrauen habe, um mit deutschen Freund*innen und anderen Migrant*innen über diese Themen zu diskutieren und sie zu unterstützen.

Es hat mich „ermächtigt“, mich anderen zu präsentieren und über diese Themen zu sprechen. Dieses Jahr konnte ich mehrmals deutschen Freund*innen erklären, wie Gewerkschaften und Betriebsräte funktionieren. Das wissen selbst viele Deutsche, die gewerkschaftlich aktiv sind, oft nicht. Dieses Wissen mit Migrant*innen und Einheimischen zu teilen, ist eine der größten Veränderungen für mich.

Wie hängen Arbeitsthemen mit dem Thema Volksbildung zusammen?

Lau: Dieses Jahr haben wir das besonders beim Thema Au Pair gesehen. Das Thema entstand aus kollektivem Wissen, das in den Treffen von Trabajo Migrante geteilt wurde. Menschen, die solche Erfahrungen machen, berichteten uns davon und gaben ihr Wissen weiter. So merkten wir schnell: Das ist ein Thema, über das wir mehr wissen müssen. Gleichzeitig wurde klar, dass auch Menschen außerhalb der migrantischen Community darüber mehr wissen sollten. Wir wollten es sichtbarer machen. Deshalb brachten wir das Thema in die Bildungsangebote für migrantische Arbeiter*innen.

Im Unterschied zu anderen Jahren, in denen wir eher grundlegende Themen behandelten, haben wir es diesmal umgedreht: Wir haben gefragt, welche Themen die Community interessieren und welche Diskussionen gerade stattfinden. Darauf aufbauend haben wir gemeinsam mit dem Bildungszentrum die Inhalte der Bildungsprozesse entwickelt. Es war ein geteilter Prozess: von der Idee bis hin zum Bildungsformat – Methodik, konkrete Inhalte

usw. Das hat geholfen, mehr Menschen zu erreichen und die Wirkung der Themen zu verstärken.

Janet: Mir ist aufgefallen, dass ich Fragen stellen konnte, die ich in einem anderen Kontext nie gewagt hätte. Ich wurde gut begleitet, alles wurde einfach erklärt, sodass ich es verstehen konnte. Ich glaube nicht, dass es einen besseren Ort gibt, um Fragen zu stellen, als die pädagogischen Prozesse des Lohana Berkins oder die Treffen von *Trabajo Migrante*. Es gibt keinen sichereren Raum.

Lau: Bei mir war es ähnlich. Fast von Anfang an habe ich an einem dieser Zyklen teilgenommen. Ich habe gespürt: Der Raum ist dafür da, Fragen zu stellen, gemeinsam zu lernen, sich zu irren, zu zweifeln und zu diskutieren. Schon beim ersten Workshop dieses Zyklus fiel mir auf, dass die Teilnehmer*innenzahl zuletzt gestiegen ist. Das ist ein gutes Zeichen. Es zeigt, dass die behandelten Themen sonst selten aufgegriffen oder schwer zugänglich sind. So fühlen sich die Menschen eingeladen, teilzunehmen. Schon beim Betreten merkt man: Das ist ein vertrauensvoller Raum für gemeinsames Lernen.

Janet: Es ist ein Raum, in dem man sehr schnell Vertrauen aufbaut. Das liegt am Team, das die Workshops organisiert und daran teilnimmt. Es ist keine Zufälligkeit. Auch *Trabajo Migrante* sorgt dafür, dass man sich sicher fühlt und keine Angst hat, die eigene Meinung zu teilen.

Lau: Die letzten Workshops waren auch besonders, weil wir sie in der *Casa Popular Marielle Franco* durchführen konnten – in unserem eigenen Raum. Das hilft, sich schnell wohl und sicher zu fühlen. Es ist kein Konferenzraum oder gemieteter Saal, sondern ein kleines Haus. Das schafft ein Gefühl von Komfort und Vertrauen.

Welche Auswirkungen hatte das auf dein Verständnis von Arbeit?

Janet: Ich habe noch keine feste Arbeit. Ich fange gerade einen neuen Job an und arbeite gleichzeitig weiter als Babysitterin und in der Reinigung. Aber durch die Workshops habe ich verstanden, dass die Chancenkarte keine echte Chance für mich ist, um eine sichere Zukunft mit guten Arbeitsbedingungen aufzubauen. Sie ist dafür gedacht, die deutsche Wirtschaft zu unterstützen. Es wird sehr schwer für mich, mich mit dieser Visa zu entwickeln. Außerdem habe ich durch die Workshops erkannt, dass die Freelance-Visa, für die ich mich vorher beworben hatte, nicht die beste Option für mich ist. Das hat mir die Augen geöffnet und ich habe mich für eine andere Visa entschieden. In den Treffen habe ich gemerkt: In diesem System gibt es keine einfachen oder perfekten Antworten. In Bezug auf Arbeit selbst hatte es keinen direkten Einfluss. Aber es hat mir geholfen, die Visa besser zu verstehen und bessere Entscheidungen für meine Zukunft zu treffen.

Lau: Schon im ersten Workshop hat mir die Erfahrung geholfen, Migration und Arbeit zusammenzudenken. In Deutschland hängen Visa direkt mit Arbeit zusammen. Wenn du das eine verstehst, verstehst du das andere auch. Deshalb bin ich zu *Trabajo Migrante* gegangen – ich wusste, dass es mir helfen würde. Und genau das ist passiert. Jetzt habe ich einen Vertrag. Aber vor allem habe ich gelernt, wie Macht in Arbeitsräumen funktioniert: Wie Chefs die prekären Bedingungen von migrantischen Arbeiter*innen ausnutzen, um billige Arbeit zu bekommen. Ich sehe klar, welche Rolle wir Migrantinnen in der Wirtschaft spielen und wie sehr die deutsche Ökonomie von uns abhängt. Im Friedrich Ebert-Stiftung-Kurs hatte ich schon von Gewerkschaften gehört, aber erst durch die Workshops für migrantische Arbeiter*innen habe ich verstanden: „Hoch die Gewerkschaften! Hoch die Arbeitnehmer-

organisation!“ Für mich ist klar: Arbeit ist ein Feld des Widerstands. Wir müssen Strukturen schaffen, uns organisieren und gemeinsam kämpfen.

Wie verstehen Sie den Zusammenhang zwischen den vom CEP organisierten Bildungsprozessen und der Arbeit, die Sie bei Trabajo Migrante leisten?

Janet: Ich bin dieses Jahr dazugekommen und am Anfang war es schwer für mich, mich an die Workshops des Lohana Berkins und an Trabajo Migrante (TM) zu gewöhnen. Ich habe nicht genau verstanden, was sie sind. Aber jetzt sehe ich klar: Bei TM bereiten wir vor und diskutieren, was wir in den Workshops für migrantische Arbeiter*innen anbieten. Diese Workshops haben mehr Sichtbarkeit, behandeln Themen tiefer und erreichen mehr Menschen. Keines der beiden könnte ohne das andere bestehen. Sie brauchen sich gegenseitig. Auch wichtig ist, was nach jedem Zyklus in TM diskutiert wird. Dort überlegen wir, wie wir die nächste Session noch besser gestalten können.

Lau: Ich sehe es ähnlich. Dieses Mal haben wir die Verbindung zwischen den beiden Räumen bewusst und explizit gemacht. Gleichzeitig haben wir mehr Arbeit hineingesteckt, damit das gelingt. Wir haben die Themen aus TM in die Workshop-Agenda übernommen.

Diesmal haben wir die praktischen Möglichkeiten für Beteiligung verbessert: Projekte wie BerufsBrücken¹, die Au Pair-Versammlung oder die TM-Treffen selbst. Diese Optionen haben in diesem letzten Zyklus sehr geholfen. So entsteht eine echte Verbindung – nicht nur Lernen, sondern auch Räume, um das Gelernte anzuwenden. Jetzt diskutieren wir darüber und wissen, wohin wir die Energie lenken können. In Zukunft kann ein neues Thema kommen, wir nehmen es in die Agenda auf, und daraus können sich neue Formen der Organisation entwickeln.

1 <https://berufsbruecke.org>

Wie könnte eine Arbeitsorganisation aussehen, die aus diesen Ausbildungs- und Diskussionsprozessen hervorgeht? Wie könnte sie sich auf Migrantenorganisationen auswirken?

Lau: Ein Beispiel ist die Au Pair-Versammlung, die aus der Zusammenarbeit zwischen TM und dem Bildungszentrum Lohana Berkins entstanden ist. Ich kann mir vorstellen, dass im Jahr 2026 das Thema Wahlen zu einem Schwerpunkt werden könnte. Man könnte eine Gruppe aufbauen, die Themen rund um Migration und Arbeitsmarkt in die öffentliche Agenda bringt. Viele Menschen verstehen immer noch nicht, wie Visa und Arbeit zusammenhängen. Das ist ein Thema, das wir öfter öffentlich diskutieren sollten. Wir haben es in den letzten Treffen angesprochen, aber noch nicht vertieft. Wir müssen unsere politische Arbeit stärker mit der institutionellen Politik verbinden. Das ist der nächste Schritt: Wir sind organisiert, jetzt müssen wir öffentlich debattieren.

Janet: Mit dem Au Pair-Thema sind wir mitten in diesem Prozess. Vielleicht gründen wir in der Zukunft sogar eine Gewerkschaft. Wichtig ist, alle Visa-Formate zu betrachten. Sie sind alle ähnlich prekär und formalisieren Ausbeutung. Mit dieser organisatorischen Struktur für Au Pair-Arbeiter*innen sind wir viel besser vorbereitet, um uns zu wehren. Ich sehe keinen Grund, warum wir uns nicht noch breiter organisieren könnten. Wahlzeiten sind eine Chance, Aufmerksamkeit zu schaffen. Ich bin in meinem Freundeskreis die Einzige, die organisiert ist und die meisten Kenntnisse über Visa und ihre Prekarität hat. Viele wissen nicht, wie problematisch diese Visa sind. Wir könnten etwas Größeres aufbauen und mehr Migrant*innen über ihre Rechte und die Risiken informieren. Klar machen: Visa existieren nicht, um Träume zu erfüllen.

Diese Informationen haben einen großen Impact, so wie bei mir. Sie öffnen die Augen für

die Ungerechtigkeit des Systems. Das kann Migrant*innen helfen, bewusster Entscheidungen zu treffen – vielleicht sogar anders zu migrieren. Niemand sollte in einer Blase leben. Natürlich braucht Deutschland Arbeitskräfte. Aber es sollte mehr Vorteile für Migrant*innen geben. Es darf nicht alles nur dem System dienen.

Lau: Sich mit Arbeitsthemen zu beschäftigen, ist ein Realitätsschock, und das umso mehr als Migrant*in. Wenn wir diesen Weg weitergehen, wirkt er auf die migrantische Community und ihre Organisationen. Wer die individuelle Situation besser versteht, erkennt auch, wie das System auf allen Ebenen funktioniert. Die Ausbeutung zieht sich durch alle Bereiche. Das Kapitalismus-System hält uns alle ausgebeutet, nur auf unterschiedlichen Leveln. Zuerst wirkt es auf die migrantische Community: Wissen, welche Rechte man hat, was man einfordern kann. Aber es kann auch darüber hinaus wirken – das ist am wichtigsten. Dieses Jahr höre ich öfter, dass andere Organisationen das Thema vertiefen. Es bewegt sich mehr, auch wegen der wirtschaftlichen Lage. Das wird nicht stehenbleiben. Wir haben schon in Meetings darüber gesprochen, wie Migrant*innen selbst Themen auf die Agenda bringen können. Sie könnten die Vorreiterinnen öffentlicher De-

batten sein. Das wäre der größte Impact einer Arbeitsorganisation für Migrant*innen.

Janet: Ein starkes Erlebnis war ein Treffen mit einer Organisation aus Österreich, die sich mit Menschenhandel und Au Pair beschäftigt. Sie erzählten von einem Fall, bei dem Polizei und Justiz zuerst die Schuld bei der Person sahen, weil sie migriert ist. Unabhängig von Visa oder Erfahrung ist die Standardantwort: „Du hast dich entschieden zu migrieren, also beschwere dich nicht.“ Es erinnert an die Logik bei Vergewaltigungen: „Wenn du nicht vergewaltigt werden wolltest, hättest du nicht so kurze Kleidung tragen sollen.“ Wir sind „provokativ“, weil wir migrieren. Alles kann uns passieren. Dieses Jahr, mit Geldproblemen und Heimweh, hörte ich oft: „Du hast doch entschieden zu migrieren, also beschwere dich nicht.“ Warum immer so? Warum muss Migration immer mit Leiden verbunden sein? Wir müssen diese Sichtweise auf Migration ändern. Ich habe mich zwar für die Migration entschieden, aber das bedeutet nicht, dass ich keine Rechte habe oder die Bedingungen dieser Migration verdiene. Das ist mein Traum: dass Prekarität und Ausbeutung nicht mehr normalisiert werden. Natürlich muss auch das System der Ausbeutung geändert werden – aber wir fangen bei diesen kleinen Dingen an.



25

Dieses Projekt versammelt die Systematisierung eines Prozesses der **Educación Popular**, der im Rahmen von „Bildung von unten: Politische Bildung für Migrant*innen in Berlin“ entwickelt wurde und vom Bildungszentrum Lohana Berkins sowie der Bundeszentrale für politische Bildung getragen wird. Ausgehend von einer kollektiven, reflexiven und situierten Bildungspraxis greift der Text Erfahrungen, Debatten und Lernprozesse auf, die gemeinsam mit migrantischen Gemeinschaften, überwiegend aus Lateinamerika, entstanden sind und sich mit prekären Lebensbedingungen in Deutschland auseinandersetzen.

Dez 2025

Der Text verbindet Erfahrungswissen und theoretisches Wissen, um Themen wie prekäre Arbeit, Migrationspolitiken, die Organisation von Arbeiter*innen sowie Formen kollektiver Selbstverwaltung zu analysieren. Durch Interviews, Zusammenfassungen von Bildungsprozessen und Zeugnisse von Teilnehmenden versteht sich **Educación Popular** als politisches Instrument der Organisation, der Wissensproduktion und der sozialen Transformation.

25

Dez 2025